

AFFÄRE WIKILEAKS

# Zeit der Entschuldigungen

Selten hat eine Enthüllung so viele empörte Reaktionen provoziert wie die Veröffentlichung der Washingtoner Geheimdepeschen. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit der amerikanischen Diplomatie ist erschüttert, Hillary Clinton muss nun Ehrenerklärungen abgeben.



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

**Außenministerin Clinton, Präsident Obama:** „Eine verantwortungslose, gedankenlose Tat“

Seit Tagen schon ist ihr Gesicht wie festgefroren, spitz sieht sie aus, schmallippig und ernst, sehr ernst. Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton muss zurzeit die Folgen der wohl größten Indiskretion in der Geschichte der Diplomatie aushalten. Das sieht man ihr an.

Sie hat die Veröffentlichung der Botschaftsdepeschen durch die Internetplattform WikiLeaks auf das Schärfste verurteilt, als eine „sehr verantwortungslose, gedankenlose Tat, die das Leben unschuldiger Menschen auf der ganzen Welt gefährdet“. Sie hat eine Entschuldigungstournee rund um die Welt begonnen, die sie „im wahrsten Sinne des Wortes Tag und Nacht beschäftigt“, wie ihr Pressesprecher sagt. Ihr Mann, der Ex-Präsident, hat erklärt, er wäre überrascht, wenn durch diese Enthüllung „keine Menschen sterben würden“.

Nun ist Hillary Clinton in der kasachischen Hauptstadt Astana eingetroffen, zum lange geplanten Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Es ist ihr erster großer Auftritt auf internationaler Bühne nach den Enthüllungen, es könnte peinlich werden, das weiß sie.

Präsident Nursultan Nasarbajew, der 70-jährige Herrscher des Steppenlandes, steht im Palast der Unabhängigkeit auf einem großen Podest und wartet auf 38 Staats- und Regierungschefs und andere hochrangige Politiker aus aller Welt. Er ist der Gastgeber dieser ersten Wiederauflage eines OSZE-Gipfels seit 1999. Jeder Delegationsleiter muss eine kleine Treppe aufs Podium hinauf, um dem kasachischen Autokraten die Hand zu schütteln.

Endlich kommt Hillary Rodham Clinton, im dunkelblauen Kostüm klettert sie zu Nasarbajew hoch, ein breites Lächeln im Gesicht. Sie weiß, dass jetzt alle auf sie schauen: Die Chefin des State Department, jener Behörde, die so wenig schmeichelhafte Psychogramme und politische Urteile über Politiker weltweit erstellt, steht da oben auf dem Podium.

Unten im Saal sitzen jene, über die Clintons Botschafter geschrieben haben. Der Russe Medwedew, den die Diplomaten als „blass und zögerlich“ charakterisierten und mit einer Comicfigur verglichen. Der Präsident von Turkmenistan, laut Depeschen „ein erfahrener Lügner“ und „nicht besonders helle“.

Über Gastgeber Nasarbajew heißt es in den Berichten, er liebe warmes Klima, unterhalte etwa 40 Reitpferde und wolle in den Arabischen Emiraten demnächst einen Palast bauen. Das könne er aushalten, ließ Nasarbajew die Amerikaner wissen: „Wir werden diesen Zwischenfall überleben.“

Doch es geht um mehr als möglicherweise verletzte Egos:



Die veröffentlichten Depeschen erlauben Einblicke in das Denken der amerikanischen Führung und ihrer Gesprächspartner. Sie liefern authentische O-Töne aus den Krisenregionen dieser Welt. Sie berichten von atomwaffenfähigen, nordkoreanischen B25-Raketen, mit einer geschätzten Reichweite von 3000 Kilometern, die Pjongjang an Iran geliefert haben soll. Von US-Diplomaten, die laut einer geheimen Direktive aus dem Sommer 2009 bei der Uno spionieren sollten. Von arabischen Machthabern, die Iran bombardieren wollten. Von einem Koffer mit 52 Millionen Dollar in bar, mit dem Afghanistans ehemaliger Vizepräsident in Dubai erwisch und wieder laufen gelassen wurde. Und von einem libanesischen Verteidigungsminister, der darauf hofft, dass Israel sein eigenes Land

ben. Das ist erstaunlich. In ihrer Rede vor dem OSZE-Plenum geht sie nicht mit einem Wort auf die WikiLeaks-Enthüllungen ein.

Dann aber sitzt auf einmal Bundeskanzlerin Angela Merkel neben ihr, von Clintons Diplomaten als „selten kreativ“ beschrieben, auch Merkel trägt an diesem Tag Blau, die beiden Frauen unterhalten sich, lachen, die WikiLeaks-Affäre habe nur „am Rande“ eine Rolle gespielt, wird die Kanzlerin später sagen.

Anders wird es Clinton mit Silvio Berlusconi ergehen. Der italienische Premier, der als Allerletzter am Tagungsort erscheint, eine Mappe unter dem Arm und sichtlich außer Atem, steht seit den Enthüllungen unter Verdacht, sich bei Energiegeschäften mit Russland Vorteile verschafft zu haben; was er dementiert. „In-



OSZE-Gipfel in Kasachstan: „Die Glaubwürdigkeit ist dahin“

bombardiert, um die Hisbollah zu zer schlagen.

Es sind Berichte aus einer Welt der Geheimniskrämerei und Verschwiegenheit, erstaunlich klare und ungeschönte Sätze aus dem diplomatischen Reich der Doppelzüngigkeit. Sie haben die Welt erstaunt, befremdet und entsetzt.

„Die Enthüllungen sind der 11. September für die weltweite Diplomatie“, erklärt der italienische Außenminister Franco Frattini etwas vorschnell wie unter Schock. Der französische Regierungssprecher François Baroin sagt, die Veröffentlichungen seien eine Bedrohung, gegen die es zu kämpfen gelte: „Ich war immer davon überzeugt, dass eine transparente Gesellschaft auch eine totalitäre Gesellschaft ist.“

Hillary Clinton weiß um all diese Irritationen und will nach Aussage ihres Sprechers noch kein einziges der problematischen Dokumente gelesen ha-

kompetent“, „eitel“ und „ineffektiv“ sei er, heißt es in den Depeschen, ein Partyheld, der zu wenig schlafe. Die Außenministerin sieht sich noch am selben Tag gezwungen, eine Ehrenerklärung für den Italiener abzugeben: „Wir haben keinen besseren Freund und keinen, der amerikanische Politik so lückenlos unterstützt wie Premierminister Berlusconi“, sagt sie in die Kameras.

Entschuldigungen, Solidaritätsadressen, Ehrenerklärungen. Wird so nun die amerikanische Außenpolitik der kommenden Monate aussehen?

„Wir werden die Zahnpasta nicht mehr zurück in die Tube bekommen“, schreibt der ehemalige CIA-Mann Robert Baer in der „Financial Times“, „die Glaubwürdigkeit des State Department als verlässlicher Gesprächspartner ist dahin, wie verdunstet, und das zweifellos auf lange Zeit.“

Auch der ehemalige saudi-arabische Geheimdienstchef Prinz Turki Bin Faisal sagt im SPIEGEL-Gespräch, Amerikas

Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit seien die Opfer dieses Daten-Lecks, und vermutet, von nun an werde kaum noch jemand offen mit amerikanischen Diplomaten sprechen (Seite 127).

Das rechte Amerika wiederum sieht sich wieder einmal von einer fremden Macht bedroht. Wer immer diese Information weitergab, habe sich des Landesverrats schuldig gemacht, sagt der einstige Baptistenprediger Mike Huckabee, einer der aussichtsreichsten Bewerber für die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2012. „Alles außer einer Hinrichtung ist eine zu milde Strafe.“

Seine Konkurrentin Sarah Palin meldet sich über Facebook zu Wort. WikiLeaks-Gründer Julian Assange müsse gejagt

Die Kommentatorin Ann Coulter spricht über einen zaudernden, machtlosen Führer, der im Weißen Haus festsetzt und nichts tun kann, um sein Land zu verteidigen. Assange werde zwar von Interpol gesucht, aber die US-Regierung tue nicht alles, was in ihrer Macht stehe, um diesen Typen zu kriegen: „Wir sind ein hilfloser, bemitleidenswerter Riese.“

In der Türkei werden seit den Veröffentlichungen juristische Maßnahmen erwogen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, den die Berichte als „ignoranten Islamisten“ mit acht Bankkonten in der Schweiz beschrieben, will zum großen Schlag gegen die US-Diplomaten ausholen: „All jene, die uns verleumdet haben, werden zerdrückt werden. Sie werden

ner im Anti-Terror-Krieg, hieß es vergangene Woche in Islamabad, „spielen ein doppeltes Spiel“, sie misstrauten den pakistanischen Verbündeten. In den Dokumenten war von der Sorge die Rede, Islamabad sichere seine eigenen nuklearen Arsenale nicht ausreichend. „Die Papiere zeigen, wie Washington wirklich über uns denkt“, sagt ein Ministerialbeamter.

Hillary Clintons Diplomaten werden werben und offen bedauern, wahrscheinlich sogar ein wenig demütig sein müssen, um dem Vertrauensverlust entgegenzuwirken. Das US-Außenministerium schließt mittlerweile auch den Abzug einzelner Botschafter als Wiedergutmachungsmaßnahme nicht mehr aus. Staatssekretär William Burns spricht von einem



Uno-Vertreter in New York: Die Wunschliste zum Ausspionieren kam von der CIA

werden, fordert sie, „er ist ein anti-amerikanischer Aktivist mit Blut an den Händen. Warum wird er nicht mit demselben Nachdruck verfolgt wie al-Qaida- oder Taliban-Führer?“ (Seite 99)

Der Einzige, der lange Zeit nichts sagt, ist Barack Obama, der im Umgang mit WikiLeaks das Vorurteil seiner politischen Gegner bestätigt: Schon wieder – wie beim Moscheebau in New York, wie bei der Ölpest am Golf von Mexiko – greift er nicht durch, ist schwach, einer, der Amerikas Rolle als Supermacht verspielt. Obamas Untätigkeit, das ist in der zweiten Wochenhälfte das große Thema der amerikanischen Konservativen.

verschwinden“, kündigt er in Istanbul an und lässt nun eine Klage gegen die Diplomaten prüfen.

Viele Türken vermuten eine großangelegte Verschwörung der jüdischen Lobby hinter der WikiLeaks-Aktion, davon ist sogar der stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei AKP überzeugt. Die Berichte hätten das Ziel, die Regierung zu schwächen, sagt er.

Ihre größte Langzeitwirkung werden die Depeschen wohl dort entfalten, wo die Welt auch schon zuvor äußerst fragil war: im Nahen Osten, im Jemen, in den Nachbarstaaten Irans, in Afghanistan und Pakistan. Die USA, der strategische Part-

„substantiellen Schaden“ für die Diplomatie.

Das Merkwürdige an dieser Diskussion aber ist, dass es auch eine ganz andere Seite gibt, jene, die die veröffentlichten Depeschen für „peinlich, aber nicht schädlich“, für „frei von relevanten neuen Erkenntnissen“ halten.

„Überraschungen haben die WikiLeaks-Enthüllungen nicht gebracht“, schreibt etwa die „Neue Zürcher Zeitung“. „Nichts, was die Menschheit beschäftigen müsste, steht, zumindest in Europa, auf dem Spiel“, die „Zeit“.

Alle, die sich jetzt empören, genau wie die, welche die Bedeutung der Depeschen

herunterspielen, sprechen von denselben Depeschen, von denselben Datensätzen, die die Internetplattform WikiLeaks seit dem vorvergangenen Sonntag begann ins Netz zu stellen. Diese Fundgrube haben die „New York Times“, der britische „Guardian“, der SPIEGEL und auch „Le Monde“ und „El País“ zuvor einsehen und auswerten konnten. Selten hat eine Enthüllungsgeschichte so viele empörte, aber auch so unterschiedliche Reaktionen provoziert. Selten wurden Enthüllungen so weltumspannend und zeitgleich verbreitet.

Unter den 251287 Dokumenten sind manche banal und manche so brisant, dass die auswertenden Medien sich darauf verständigten, sie nicht zu veröffentlichen. Die Frage nach dem verantwortlichen Umgang mit den Depeschen stellte sich in diesem Fall über tausendfach. Namen von sogenannten nachrangigen Informanten wurden nicht erwähnt, um die Zuträger zu schützen. Bestimmte Anti-Terror-Maßnahmen und Militäroperationen wurden verschwiegen, mit Rücksicht auf die handelnden Regierungen.

Der SPIEGEL hat dieses Material über Monate geprüft, so wie er es mit Material aus jeder Quelle in der Vergangenheit getan hat und auch in Zukunft tun wird. Mit WikiLeaks gab es lediglich eine Abstimmung über den Termin der Veröffentlichung und eine weitere über die Schwärzung von Namen, deren Träger sonst womöglich um ihre Freiheit oder ihr Leben fürchten müssen.

Viele der Depeschen gehören zum diplomatischen Berichtsaltag, andere dokumentieren eindeutig Grenzfälle. Die Anwerbung eines Zuträgers aus den Reihen der FDP durch Angehörige der US-Botschaft in Berlin gehört sicherlich dazu.

Und ganz eindeutig der Auftrag des State Department an seine Diplomaten, die Uno in New York auszuspionieren. Ausgestellt wurde er auf der Grundlage einer Direktive, deren Vorgaben die CIA als Wunschliste formuliert hatte. „Der Inhalt kam von einer anderen Behörde außerhalb des State Department“, gab Clintons Sprecher Philip Crowley vergangene Woche bei einem Pressebriefing zu.

Die Depeschen, nach denen Diplomaten biometrische Daten von Uno-Vertretern sowie genaue Angaben von deren Vielflieger- und Kreditkartennummern ausspionieren sollten, sorgten dann zu Recht für Unmut und Ärger im Uno-Gebäude am East River.

Uno-Sprecher Farhan Haq las dem versammelten Plenum eine Passage aus der Konvention von 1946 über Immunität bei den Vereinten Nationen vor. Ein besorgter Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon traf Hillary Clinton zu einer Unterredung. Danach gaben sich beide diplomatisch schweigsam.

Den nachhaltigsten Eindruck aber haben die Papiere im Nahen Osten hinterlassen, denn sie belegen zum ersten Mal einen vielfach vorgebrachten, aber nie bewiesenen Verdacht: Die verfeindeten Regierungen Israels und der großen arabischen Staaten sind sich in einem völlig einig – in ihrer Haltung zu Iran. Beide Seiten wollen, dass die Amerikaner Teherans Nuklearprogramm ein Ende bereiten, und entgegen ihrer offiziellen Linie sind auch mehrere arabische Staatschefs bereit, dafür einen Krieg in Kauf zu nehmen. Das sei „nur eine Frage des Wann, nicht des Ob“, so wird der Kronprinz der Vereinigten Arabischen Emirate von den Amerikanern zitiert.



**Politikerinnen Clinton, Merkel**  
„Peinlich, nicht schädlich“



**Bündnispartner Clinton, Berlusconi**  
Verletzte Egos

Dies zum ersten Mal veröffentlicht zu sehen, beeindruckte Arabiens Eliten so sehr, dass sie drei Tage lang in eine Schockstarre verfielen. Kein Wort fand sich bis Mittwoch in den staatlich gegängelten Zeitungen am Golf über die Ungeheuerlichkeiten, die ihre eigenen Könige, Scheichs und Emire ausgesprochen haben. Sie schweigen aus gutem Grund: Arabiens Führer haben ihre Völker seit Jahren angelogen. Ihre immer wieder vorgebrachten Appelle an die Einheit der Muslime sind leere Phrasen, das belegen die Depeschen eindeutig. Die sunnitischen Araberfürsten hegen eine tiefe Abneigung gegen die schiitischen Mullahs

in Teheran und überziehen sie in den enthüllten Botschaftskabeln mit einer Fülle von Beschimpfungen.

Das Problem ist nur, ihre Völker haben sich unter dem Eindruck jahrzehntelanger Propaganda eine andere Meinung gebildet. Nur zehn Prozent der Ägypter, Saudi-Araber und Jordanier fühlen sich nach einer aktuellen Umfrage des US-Meinungsforschungsinstituts Zogby von Iran bedroht – aber 77 Prozent der Befragten von Amerika und 88 Prozent von Israel. Das ist der Grund, warum die Enthüllung der Botschaftskabel die Regierungen im arabischen Nahen Osten so viel stärker verunsichern als irgendwo sonst auf der Welt: Sie zeigen, dass zumindest ein Teil ihrer Legitimation auf Lügen aufgebaut ist.

Ende vergangener Woche tauchte im arabischen Raum auf einmal ein Satz Depeschen unbestimmter Herkunft auf. Die Dokumente waren weder auf der WikiLeaks-Web-Seite noch von den fünf Medienpartnern veröffentlicht worden. Wo sie herkommen, war bis Freitagabend ungeklärt, genau wie die Frage, wie verantwortlich nun mit ihnen umgegangen wird. Allerdings, die Kabel scheinen authentisch zu sein.

Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad dagegen hatte die Depeschen schon gleich zu Beginn als Fälschung deklariert, eine „satanische Verschwörung“ stecke dahinter, von Washington selbst veranlasst, um die arabisch-iranischen Beziehungen zu beschädigen. Sein Berater Esfandiar Rahim Maschai sagte: „Amerika will sich als Führer der Welt präsentieren, als Herr über das Schicksal der Völker.“

Niemandem scheinen die Veröffentlichungen so recht zu sein wie dem ärgsten Feind und dem besten Freund der Amerikaner, Iran und Israel. Während Ahmadinejad die „psychologische Kriegführung“ der Amerikaner anprangerte, stellte sich ein ausgesprochen entspannter Premier Benjamin Netanjahu in Jerusalem der Presse. Dass nun alle Welt lesen kann, wie eng arabische Geheimdienste mit Israel zusammenarbeiten, dass die Herrscher von Abu Dhabi und Saudi-Arabien einen Angriff auf Iran fordern – all das ist ein unerwartetes Geschenk für Netanjahu.

Zum ersten Mal in der Geschichte gebe es endlich Einigkeit darüber, dass Iran eine Bedrohung sei, erklärte er den Journalisten. Und sah in den Enthüllungen sogar schon einen Schlüssel zum regionalen Frieden: „Wenn im Ergebnis nun die Staatsmänner der Welt sich offen trauen zu sagen, was sie sonst nur im Geheimen tun – dann könnte es einen wirklichen Durchbruch geben.“

Über Nacht wurde im Land eine neue WikiLeaks-Fangemeinde geboren. „Wenn es WikiLeaks nicht gäbe, müsste Israel es

erfinden“, kommentierte die große Tageszeitung „Jediot Acharonot“.

Und was sagen die Europäer? Die Engländer, die erfahren mussten, dass Prinz Andrew Korruption bei Geschäften der größten britischen Rüstungsfirma mit Saudi-Arabien anscheinend nicht so schlimm findet? Die lasen, dass ihr eigener Notenbankchef dem neuen Premier David Cameron vor der Wahl das Format absprach, die aktuelle Finanzkrise zu überstehen? Sie nehmen es gelassen und halten, anders als viele Amerikaner, Julian Assange nicht für einen Staatsfeind. „Das meiste in diesem Material ist peinlich, aber nicht wirklich schädlich“, sagt der britische Diplomat Sherard Cowper-Coles, bis vor kurzem Sondergesandter für Afghanistan und Pakistan.

Jetzt könne jeder nachlesen, wie erstklassig die US-Diplomaten ihren Job verrichteten, schreibt dagegen der Historiker Timothy Garton Ash, die Amerikaner hätten eigentlich Grund sich zu freuen (Seite 158). Dem stimmt auch der Chefkolumnist des „Time“-Magazins, Fareed Zakaria, zu. Nach Lektüre der Depeschen sei er beruhigt zu wissen, wie gut das State Department arbeite: „Die Kabel zeigen, dass die Diplomaten ziemlich gute Analysten sind.“

Was daran ist also so schlecht für die USA? Wohl am ehesten die Tatsache, so Zakaria, dass ein einzelner Soldat von seinem Computer auf einer Militärbasis im Irak geheime Berichte von Gesprächen zwischen dem französischen Außenminister und dem US-Verteidigungsminister runterladen konnte. Es sei Washingtons absurde Datenpolitik, die den Skandal erst möglich gemacht habe. Darum werde man sich noch kümmern müssen.

Hätte der SPIEGEL diese Berichte veröffentlicht, wenn er sie aus einer anderen Quelle bekommen hätte? Hält er sie für politisch bedeutsam? Zweimal Ja. Eine Zeitung muss bringen dürfen, was die Organe des Staates zu Unrecht verwahren und verwerten, hat der Gründer des SPIEGEL, Rudolf Augstein, geschrieben. „Ein Journalist ist von der Absicht bewegt, der Öffentlichkeit jenes Wissen zu erschließen, das sie haben muss, um sich über ihre Existenzfragen ein Urteil bilden zu können“, auch das schrieb der verstorbene SPIEGEL-Herausgeber.

Und diese Dokumente zeigen, „wie Nationen miteinander umgehen, sie geben ein ungefiltertes Bild, das sie von ihren Feinden und Verbündeten haben“, so Pulitzer-Preisträgerin Dana Priest von der „Washington Post“, die Öffentlichkeit habe ein Recht darauf zu erfahren, was ihre Regierung tue, erklärte die amerikanische Reporterin.

Haben aber nicht auch Staaten das Recht auf eine Privatsphäre, wie die Schweizer „Weltwoche“ fragt?

Nicht alles, was Regierungen als Geheimnis betrachten, muss auch für Journalisten ein Geheimnis sein, das ist stets die Haltung des SPIEGEL gewesen. Der Flick-Skandal, den der SPIEGEL 1982 aufdeckte, ging auf vertrauliche Dokumente der Staatsanwaltschaft zurück. Die Affäre um die Neue Heimat auf Geschäftsunterlagen der Gewerkschaft. Das Desaster von Kunduz auf vertrauliche Bundeswehr-Unterlagen und einen als geheim eingestuften Nato-Bericht.

„Ein Journalist, der die WikiLeaks-Daten zuerst unter dem Gesichtspunkt der nationalen, oder – schlimmer noch – westlichen Sicherheit sieht, hat sich selbst erfolgreich zu Bett gebracht – und die Pressefreiheit gleich mit“, schreibt Jakob Augstein, Sohn des SPIEGEL-Gründers und Verleger der Wochenzeitung „Freitag“.

Aber auch all jene, die die „Online-Anarchos“ („Bild“) als kriminell bezeichnen, oder den „summarischen Geheimnisverrat“ („Die Welt“) als unverantwortlich und brandgefährlich beklagten, verzichteten vergangene Woche nicht auf seitenlange Berichterstattung über die Enthüllungen.

Das war in Deutschland nicht anders als in den USA, wo die politischen Kräfte am rechten Rand nun nach Rache rufen. Blogger verbreiten da auf ihren Webseiten ihre ganz eigenen Pläne für Bradley Manning, den 23-jährigen, homosexuellen Obergefreiten, ehemaligen IT-Experten der Armee im Irak und Dieb der



**US-Soldat Manning**  
Nicht zum Helden geworden

diplomatischen Depeschen. Sie wollen ihn in einen dieser orangefarbenen Anzüge stecken, wie sie Guantanamo-Häftlinge tragen. Ihn mit einem Hubschrauber abholen, in ein geheimes Lager verschleppen. Im Internet gibt es seit Tagen Mordaufrufe. Der Mann, der nach eigenen Angaben die Depeschen auf eine CD kopierte, auf deren Hülle er „Lady Gaga“ schrieb, ist nicht zum Helden geworden. Genauso wenig wie Julian Assange.

Die Internationale Vereinigung der Journalisten kritisierte am vergangenen Donnerstag die „politische Kampagne“ gegen Julian Assange und Bradley Manning. Die Mordaufrufe und Spionagevorwürfe zeugten „von einem Geist der Intoleranz und der Verfolgung“. Dies sei nicht nur für die beiden Männer gefährlich, sondern für alle Journalisten, „die in öffentlichen Angelegenheiten recherchieren“.

Mit aller Macht versucht die US-Regierung nun die Verbreitung der Dokumente zu verhindern. Als erste Behörde warnte die staatliche Rentenverwaltung ihre 62 000 Mitarbeiter davor, die Dokumente von WikiLeaks an andere Personen weiterzuleiten, sie zu kopieren oder gar zu lesen. Andernfalls drohten strafrechtliche Konsequenzen.

Bradley Manning, dem damals 22-jährigen Soldaten, der die Dateien kopierte, ist immer wieder Geltungssucht als Motiv vorgeworfen worden. Er selbst hat das anders dargestellt, solange er noch in Freiheit war. Er habe in seiner Zeit im Irak vieles vertuschen sollen, erzählte er, darüber war er empört. Dann sah er das Helikopter-Video aus Bagdad und ging auf die Suche nach mehr Material. Als er die Depeschen fand, wollte er, dass die Welt von ihnen erfährt.

Manning sitzt seit gut vier Monaten im Militärgefängnis Quantico, rund eine Autostunde von Washington entfernt. Er steht jeden Tag um 5.30 Uhr auf und geht um 20.30 Uhr zu Bett. Sein Anwalt darf zu ihm, eine Tante hat ihn vor zwei Wochen erstmals besucht. Seine Familie war noch nie in Quantico. Bei Besuchsterminen sind seine Füße und Hände aneinandergekettet, die Ketten hört man schon von weitem, wenn er zu den Besucherboxen kommt.

Er nimmt Antidepressiva und Schlafmittel, gilt aber nicht mehr als suizidgefährdet. Bettlaken gibt es vorsichtshalber trotzdem noch nicht in seiner Zelle. Einmal in der Woche darf er eine Stunde fernsehen.

Es könnte also sein, dass er inzwischen etwas mitbekommen hat von dem Sturm da draußen, den er entfachte.

MARCO EVERS, JOHN GOETZ, MARC HUIJER, HASNAIN KAZIM, JULIANE VON MITTELSTAEDT, CHRISTIAN NEEF, MAXIMILIAN POPP, BRITTA SANDBERG, GREGOR PETER SCHMITZ, STEFAN SIMONS, DANIEL STEINVORTH, BERNHARD ZAND